DIE LINKE: soziale, gerechte und konsequente Stadtpolitik

Beschluss der 1. Tagung des 8. Kreisparteitages am 07. Mai 2022

Frankfurt steht vor einem Jahrzehnt der Herausforderungen. Wir sind konfrontiert mit den sozialen und ökonomischen Folgekosten der Pandemie, des Krieges in der Ukraine, einem Vertrauensverlust in die Veränderungskraft von Politik, der auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich und der Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen und die Stadt auf die Folgen des Klimawandels einzustellen und diesen zu bekämpfen. Seit der Wahl unseres Genossen René Wilke zum Oberbürgermeister von Frankfurt hat sich Vieles zum Besseren entwickelt. Die Ansiedlung von Tesla, die Bewerbung um das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit, die Sanierung des Alten Kinos, unsere Strahlkraft als europäische Doppelstadt, unsere Stadt als Wissenschafts- und Forschungszentrum der Viadrina und des IHP sowie unser kulturelles Erbe als Kleist- und Sportstadt bieten das Potential, um Frankfurt in Zukunft zu einer wachsenden und lebenswerten Stadt zu machen, in der sich alle Menschen wohl und sicher fühlen.

Dennoch bleibt soziale Ungerechtigkeit in Frankfurt tief verankert. Nach wie vor müssen Kinder unter der Armutsgrenze leben. Der Niedriglohnsektor ist in Frankfurt ebenfalls im landesweiten Vergleich immer noch am größten. Viele Frankfurter:innen leben an oder allenfalls knapp über der Armutsgrenze. Das darf kein Dauerzustand bleiben!

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, in Stadtgesellschaft und Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit Betroffenen, Verbänden und Initiativen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für eine sozial gerechte, klimaschützende und friedliche Politik zu streiten. Wir kämpfen für eine fortschrittliche Stadtpolitik, die ihre Handlungsspielräume dafür nutzt, die soziale Spaltung nachhaltig zu verringern und Beschäftigte, Erwerbslose, benachteiligten und diskriminierten Personen hilft, unterstützt und es ihnen ermöglicht, sich für ihre Interessen einzusetzen. Wir wollen auf dem Pfad zur kommunalen Selbstverwaltung voranschreiten und finanzielle Spielräume erweitern und nutzen, um damit unser Gemeinwohl zu stärken.

Basierend auf unserem Parteiprogramm, dem Kommunalwahlprogramm 2019 und dem Wahlprogramm „Frankfurt geht besser“ 2018 werden wir deshalb in den nächsten Jahren folgende Punkte in die Mitte unseres politischen Handelns in der Stadtgesellschaft und Stadtverordnetenversammlung rücken:

Gute Arbeit und gute Löhne

Der größte Niedriglohnsektor des Landes befindet sich in Frankfurt (Oder). Zugleich sind immer mehr Branchen vom Fachkräftemangel betroffen. Dieser ist durch jahrelange Tarifflucht und Niedriglöhne auch selbst verschuldet. Investitionen haben dann eine langfristig positive Wirkung auf die Stadt, wenn gute Löhne bei fairen Arbeitsbedingungen und in einem gewerkschaftsfreundlichen Klima gezahlt werden. Ziel städtischer Politik muss sein, die Löhne in Frankfurt zu steigern und nach Tarif zu zahlen. Das beginnt bereits mit der Ausbildungsplatzvergütung und einem attraktiven Angebot an Studierendenjobs. Investitionen und Wirtschaftsprojekte messen wir an der Qualität der Arbeitsplätze. Gute Arbeit und gute Löhne erhöhen den finanziellen Spielraum sowohl für die Frankfurter:innen als auch für den kommunalen Haushalt. Die Ansiedlung von Gewerbe setzt erschlossene Gewerbeflächen und eine ausreichende Wasserversorgung auch unter den Veränderungen des Klimawandels voraus. Zusammen mit dem Land Brandenburg wollen wir hier an gemeinsame Lösungen arbeiten.

Soziale Teilhabe ermöglichen

In der Stadt können weder eine sanktionsfreie Mindestsicherung noch die Kindergrundsicherung oder eine gerechte und armutsfeste Rente umgesetzt werden. Dennoch gibt es Spielräume, die wir nutzen können, damit Menschen mit kleinem Geldbeutel gleichberechtigt an der Gesellschaft

teilhaben können und wir die Armut und das Armutsrisiko zurückdrängen. Bei den Kitagebühren konnten wir mit einer progressiven Staffelung die kleineren Einkommen entlasten. Zukünftig wollen wir weitere Gebührensatzungen und ähnliche Aufwendungen an die Stadt auf ihre Sozialverträglichkeit überprüfen. Unser Ziel ist es, kleine Einkommen weiter zu entlasten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass bei Veranstaltungen künftig deutlicher auf Erstattungs- und Fördermöglichkeiten hingewiesen wird sowie seitens der Verwaltung und Arbeitsagentur die Zusammenarbeit dies betreffend ausgebaut und der Bürokratismus auf ein absolutes Minimum verringert wird. Wir setzen uns ein für funktionierende Spielplätze, moderne Sportstätten und sanierte Turnhallen und unterstützen das ehrenamtliche Engagement in Kultur- und Sportvereinen.

Gerechter Klimaschutz

Klimaschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deswegen positionieren wir uns entscheiden gegen die CO2-Bepreisung und steigende Ticketpreise im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Stattdessen wollen wir den ÖPNV sowie klimafreundliche Fortbewegungsmöglichkeiten ausbauen. Wir setzen uns ein für brucharme und sichere Fahrradrouten durch die gesamte Doppelstadt, ein Leihfahrradsystem und mehr Fahrradstellplätze. Wir unterstützen den Ausbau des Straßenbahnnetzes unter Voraussetzung von Fördermitteln zu neuen Gewerbegebieten. Den Umbau zu barrierefreien Haltestellen wollen wir beschleunigen. Wir unterstützen die Bemühungen, den Bahnhaltepunkt Booßen zu reaktivieren. Solange die Sperrung des Helenesees andauert, setzen wir uns für die Stärkung von Bus- und Bahnlinien zu den Badestellen in den umliegenden Gemeinden ein. Durch die Stärkung des Rad- und Fußverkehrs sowie des ÖPNV wollen wir den Autoverkehr in der Innenstadt schrittweise und messbar verringern. Unter Einbeziehung des Einzelhandels wollen wir Konzepte unterstützen, um die Magistrale nach der anstehenden Sanierung zu einer autofreien Verkehrsachse umzubauen. Wir wollen den Ausbau von grünen Dächern und Solaranlagen forcieren und Mieter:innen bei den Nebenkosten entlasten, indem wir die Energieeinsparung durch Solardächer auf Gebäuden im Bestand der Wohnungswirtschaft an die Bewohner:innen weiterleiten. Wir wollen möglichst viele Frankfurter:innen an der Energiewende beteiligen, etwa durch Energiegenossenschaften oder Crowdfunding unter Einbeziehung der Stadtwerke.

Wohnen muss bezahlbar bleiben

Frankfurt wird durch Ansiedlungen wie Tesla, den BER und die Nähe zu Polen und Berlin immer attraktiver. Durch jahrelangen Abriss sind die Leerstandsquoten massiv gesunken. Wir wollen das Mietniveau in Frankfurt stabilisieren und ein vielfältiges und attraktives Wohnungsangebot für alle Einkommensschichten sicherstellen. Angesichts einer Vielzahl an gebrochenen Erwerbsbiografien und der ansteigenden Altersarmut sehen wir die größte Herausforderung in der energetischen und möglichst warmmietneutralen Sanierung der Plattenbauten, um einen preisgünstigen und barrierearmen Wohnungsbestand für die Zukunft zu sichern. Wir wollen Orte der Begegnung, wie Bibliotheken, Nachbarschaftskinos, Fitnessräume, Co-Working-Spaces, die aus nachbarschaftlichem Engagement erwachsen, unterstützen. Über eine städtische Gesellschaft wollen wir ungenutztes kommunales Eigentum sowie Bauland- und Bauerwartungsland entwickelt und den Wertzuwachs der Allgemeinheit zukommen lassen. Bei Bauprojekten privater Investor:innen setzen wir uns dafür ein, dass ein finanzieller Ausgleich für die sozialen und ökologischen Folgekosten der Bauprojekte an die Stadt gezahlt werden. Bebauungspläne wollen wir zusammen mit unseren Basisorganisationen und den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung in den jeweiligen Nachbarschaften diskutieren, denn wir sind überzeugt, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten wollen.

Demokratische Kontrolle und Handlungsräume der Stadt erweitern

Der jahrelange Verfall des Lichtspieltheaters der Jugend, die Arbeitsbedingungen im Klinikum und in der ambulanten Pflege zeigen, wo der Markt auf Kosten des Gemeinwohls versagt und wo wir deshalb die Eigentumsfrage stellen müssen. Wir wollen essentielle Bereiche des Lebens, der Daseinsvorsorge und der Stadtentwicklung der Marktlogik entziehen und unter öffentliche oder gemeinwohlorientierte Kontrolle bringen. Deswegen setzen wir uns weiter für die Rekommunalisierung des Klinikums in einem gemeinsamen Krankenhausverbund mit Eisenhüttenstadt und Beeskow ein. Dies geht nicht ohne Unterstützung des Landes Brandenburg. Städtische Unternehmen und gemeinwohlorientierte Genoss:innenschaften und Vereine wollen wir stärken. Privatisierungen wollen wir verhindern. Wenn sich zukünftig Situationen ergeben, die eine Neugründung von städtischen Gesellschaften oder Übernahme zusätzlicher Aufgaben möglich machen, wollen wir uns dafür einsetzen Um die Stadt handlungsfähiger zu machen, müssen Bund und Land die Kommunen endlich konsequent entschulden, sie für übernommene Aufgaben besser und bei Rekommunalisierungen finanziell unterstützen.